

Was kann Europa von der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft erwarten?

Podiumsdiskussion, 22.11.2007, 10:30, Slowenisches Wissenschaftsinstitut

Verfasst von: Julia Halej, herausgegeben vom IDM

Prof. Bojko Bučar (Universität Ljubljana), Otmar Lahodynsky („profil“) und BM a.D. Dr. Friedhelm Frischenschlager, Vorstandsmitglied des IDM und Leiter des ULG Interdisziplinäre Balkanstudien, analysierten in der Podiumsdiskussion „Was kann Europa von der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft erwarten?“, am 22.11.2007 im Slowenisches Wissenschaftsinstitut die Prioritäten, Perspektiven und Herausforderungen der EU-Ratspräsidentschaft, die Slowenien mit 01.01.2008 übernehmen wird.

Die Diskussion wird von Dr. Frischenschlager eröffnet, der sogleich vorwegnimmt, dass es sich bei dieser Ratspräsidentschaft gleichzeitig um eine große Chance, wie auch um eine große Herausforderung für das junge EU-Mitglied Slowenien handelt. Slowenien erlebt heute eine schwierige politische Periode und auch auf EU-Ebene stehen noch wichtige Entscheidungen an. Der Prozess der Ratifizierung des EU-Traktats, der innenpolitisch steigende Druck auf die politischen Parteien, die unsichere Zukunft des Kosovo, sowie die spezielle Erfahrung Sloweniens mit Jugoslawien bilden gegenwärtig die Kernpunkte der Auseinandersetzungen.

Prof. Bučar unterstreicht vor allem die Möglichkeiten und Chancen, die sich Slowenien durch die EU-Ratspräsidentschaft eröffnen, v.a. das internationale Interesse an Slowenien und die sich daraus ergebende Berichterstattung, sowie die Verschiebung des Fokus der slowenischen Bürger von der nationalen auf die internationale Politik. Als Herausforderung betrachtet er den administrativen Aufwand, der hinter der Organisation der Ratspräsidentschaft steht. Zwölf informelle Ministertreffen sowie die Übernahme von einem Großteil an Arbeitsgruppen durch Slowenien implizieren vor allem große personelle Ressourcen.

Prof. Bučar bezieht sich auch auf das Programm der slowenischen Ratspräsidentschaft und die Frage, ob Slowenien dem Programm der deutschen und portugiesischen Ratspräsidentschaft folgen wird, oder imstande sein wird, dieses zu verändern. Das Programm der Ratspräsidentschaften Deutschlands und Portugals umfasste folgende Prioritäten: Europäische Union, Kosovo, EU-Erweiterung, Westbalkanländer, Klima, Kultur, Wirtschaft, Budget und das Schengenabkommen. Slowenien plant sich nur auf einige Themen zu fokussieren, wobei sich diese Themen in letzter Zeit permanent verändern. Sie umfassen:

- 1) den EU-Reformvertrag: Slowenien pocht auf einen schnellen Ratifikationsprozess
- 2) eine neuerliche EU-Erweiterung: Slowenien plant die Erweiterungsgespräche mit Kroatien und der Türkei weiterzuführen
- 3) Westbalkan: Sloweniens Politik verfolgt die „Balkan Dimension“
- 4) Wirtschaft, Umwelt und Soziales
- 5) Klimawandel und Energiepolitik: Prof. Bučar unterstrich hier besonders die Verletzbarkeit der EU in Sachen Energie
- 6) Sicherheit und Justiz: Slowenien möchte einen Fokus auf die Sicherheit der Grenzstaaten der Schengen-Nachbarstaaten legen, dabei vor allem auf seine Probleme mit Kroatien, die sich aus der vermehrten illegalen Immigration ergeben
- 7) Migration, im Kontext des Terrorismus
- 8) Steigende EU-Außenrolle in Sicherheit, Entwicklung und ökonomische Beziehungen: Slowenien konzentriert sich dabei vor allem auf den Balkan und möchte den Interkulturalismus in der Europäischen Union fördern.

Um die EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich zu meistern sieht Prof. Bučar zwei Wege für Slowenien: Entweder durch eine Verlagerung der Verantwortung auf die Administration, oder durch viele Initiativen seitens des Außenministeriums. Welchen Weg Slowenien gehen wird, wird sich demnächst erweisen.

Otmar Lahodynsky hat als Journalist vielen Gipfeltreffen beigewohnt, und unterstreicht in der Podiumsdiskussion die positive Erfahrung mit den Ratspräsidentschaften von kleineren Staaten, die viel Dynamik in die EU eingebracht haben (Luxemburg, Malta). Ähnliches erhofft er sich auch von Slowenien. Er betont darüber hinaus die Wichtigkeit der Einbeziehung von Journalisten in die Berichterstattung über EU-Ratspräsidentschaften.

Lahodynsky legte den Fokus seiner Analyse auf den innenpolitischen Aspekt, den Druck auf die Regierung durch Streiks der Gewerkschaften wegen zu niedriger Löhne, sowie die derzeit hohe Inflationsrate in Slowenien. Die belastenden Preiserhöhungen werden der Einführung des EURO zugeschrieben, doch die Wirtschaft boomt, wodurch eine Chance zur Erhöhung der Löhne besteht.

Lahodynsky bezieht sich auch auf ein Interview, das er mit Janez Jansa geführt hat, in dem der Premierminister den Wirtschaftstycoons Sloweniens den Kampf ansagte, obwohl die

Privatisierung in Slowenien noch nicht weit fortgeschritten ist und sich noch immer wichtige Betriebe in der Hand der Regierung befinden. Das lässt auf Spannungen zwischen dem Premierminister und dem slowenischen Business schließen. Konfliktreich gestaltet sich auch die Beziehung zwischen dem Premierminister und den slowenischen Medien, die der Regierung Zensur und Beeinflussung vorwerfen.

Im Bezug auf den Westbalkan wünscht sich Janez Jansa, dass Serbien den EU-Kandidatenstatus erhält, da er darin den einzigen Weg für Reformen sieht, die Serbien auf den Pfad hin zur Europäischen Union bringen könnten.

Als Antwort zu Prof. Bučars Anmerkung, dass die Regierung in der Ratspräsidentschaft auch die Möglichkeit sehen könnte, die Zivilgesellschaft zu beruhigen und bis zu den Wahlen 2008 möglichst konfliktfrei durchzuhalten, betont Otmar Lahodynsky, dass bis heute jede Regierung, die eine Ratspräsidentschaft innehatte, die Wahlen danach verlor. Außerdem sieht Lahodynsky in dem Versuch durch EU-Themen von innenpolitischen Problemen abzulenken eine Gefahr für Slowenien.

Die Meldungen aus dem Auditorium sind fokussiert auf die innenpolitischen Probleme Sloweniens, den ungelösten Grenzstreit mit Kroatien, die Gefahr des Dominoeffektes durch eine Unabhängigkeit des Kosovo in den Westbalkanländern und den interkulturellen Dialog, den Prof. Bučar als Priorität der slowenischen Ratspräsidentschaft angesprochen hat.

Prof. Bučar geht nicht näher auf die innenpolitischen Probleme ein, er stellt einzig fest, dass diese nur durch die Regierung selbst zu lösen wären und von ihrer Dialogbereitschaft mit anderen Parteien abhängen werden. Die Ratspräsidentschaft sieht Prof. Bučar durch den slowenischen Grenzstreit mit Kroatien nicht gefährdet, und er denkt auch nicht, dass diese Auswirkungen auf die Bestrebungen Sloweniens, Kroatien in die EU zu integrieren, haben wird. Der Grenzstreit wäre einzig das Problem einiger patriotisch-nationaler Gruppierungen.

Der Kosovo dagegen ist ein internationales und schwieriges Problem. Slowenien fordert die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch die Europäische Union und schließt sich dabei der Haltung der USA an. Fraglich ist, inwieweit dies die Region destabilisieren würde. Es ist auch nicht sicher, ob Serbien die EU-Perspektive überhaupt möchte. Prof. Bučar erwähnt, dass die liberale *Intelligenzija* Serbien großteils verlassen hat, und heute vor allem nationale Kräfte die serbische Politik bestimmen. Nach dem Kosovokrieg 1999 herrscht in der

serbischen Bevölkerung auch eine eher negative Haltung gegenüber der EU, da sie mit dem Kosovo einen Teil ihres Landes verloren hat.

Den interkulturellen Dialog plant Slowenien durch einen sozialen Dialog mit den Medien, durch die Lehre und Vielsprachigkeit zu erreichen.

Auch Mazedonien wird zur Diskussion gestellt, und die Frage, inwieweit Slowenien den EU-Beitritt Mazedoniens unterstützen wird. Prof. Bučar und Otmar Lahodynsky unterstreichen beide die Wichtigkeit der EU-Perspektive für Mazedonien. Prof. Bučar hebt hervor, dass Slowenien sich für den EU-Beitritt des gesamten Westbalkans einsetzt, dabei jedoch sehr vorsichtig ist. Offiziell lautet die Position der slowenischen Regierung, dass eine Unterstützung nur dann erfolgen wird, wenn die Staaten mit allen europäischen Standards konform sind. Mit diesen haben sowohl Mazedonien wie Bosnien und Herzegowina noch große Probleme, folglich ist es nicht realistisch, dass der Beginn der Beitrittsverhandlungen während der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft erfolgen wird.

Im Zusammenhang mit den problematischen Erfahrungen, die Slowenien mit der Einführung des EURO gemacht hat (Preiserhöhungen, Gewerkschaftsstreiks), betont Prof. Bučar, dass der EURO wie das Schengenabkommen in erster Linie ein psychologisch wichtiges Element ist, das ein größeres Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union erweckt. Früher oder später werden alle Reformstaaten den EURO annehmen.

Slowenien bietet, als bester Investor in Serbien und in Bosnien und Herzegowina, mit seiner EU-Ratspräsidentschaft auch die Chance, mehr Druck auf die EU hinsichtlich wirtschaftlicher Investitionen im Westbalkan auszuüben. Durch die ungewisse Situation des Kosovos herrscht im Westbalkan derzeit kaum ökonomische Aktivität, da eine neuerliche Destabilisierung der Region befürchtet wird.

Zum Abschluss unterstrich Dr. Frischenschlager die Wichtigkeit des Erfolgs der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft, sowohl für Slowenien wie auch für Europa. Slowenien könnte aufgrund seiner Erfahrungen eine Schlüsselrolle in Sachen Kosovo spielen. Außerdem ist der Balkan eine sehr wichtige Region – vor allem für Österreich.